

HIS Hochschul-Informationen-System GmbH,
Institut für Hochschulforschung

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

**„Auswirkung der Einführung von Studiengebühren auf die
Studienbereitschaft in Deutschland“**

am 25. Januar 2012

Dr. Christoph Heine

Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf die Studierbereitschaft in Deutschland

Öffentliches Fachgespräch im Bundestagsausschuss für
Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung
am 25. Januar 2012 in Berlin

HIS:Stellungnahme

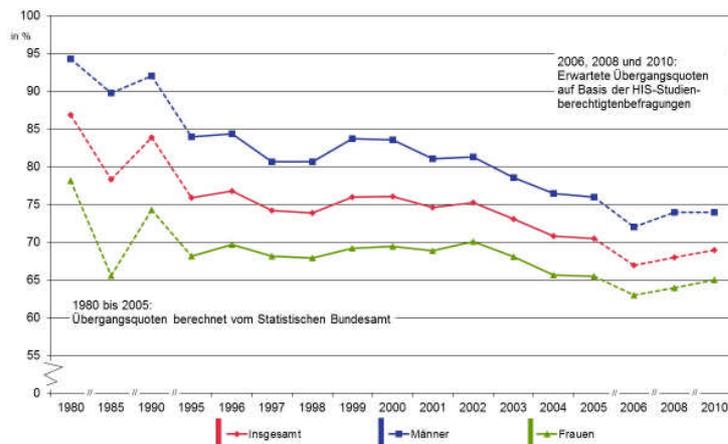
Januar 2012

1. Studiengebühren im Kontext der Studienentscheidung

Die Entscheidung über den weiteren Werdegang nach Erwerb der Hochschulreife – überwiegend zwischen den Alternativen Studium, Ausbildung, Beruf – stellt sich für eine in den vergangenen Dekaden erheblich gestiegene Zahl von jungen Leuten. Ihr bundesdurchschnittlicher Anteil erreicht schon in naher Zukunft mehr als die Hälfte der nachwachsenden 18- bis unter 21-jährigen Bevölkerung; in einigen Bundesländern liegt dieser Anteil bereits gegenwärtig deutlich über diesem Wert.

In der empirischen Bildungsforschung herrscht hinsichtlich der Entscheidungsfindung von Studienberechtigten in zweierlei Hinsicht Konsens: (1) Die sowohl volkswirtschaftlich als auch biografisch folgenreichen individuellen Entscheidungen über den nachschulischen Werdegang sind ein Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum

Abb. 1: Übergangsquoten in die Hochschule 1980 bis 2010 insgesamt und nach Geschlecht (in %)

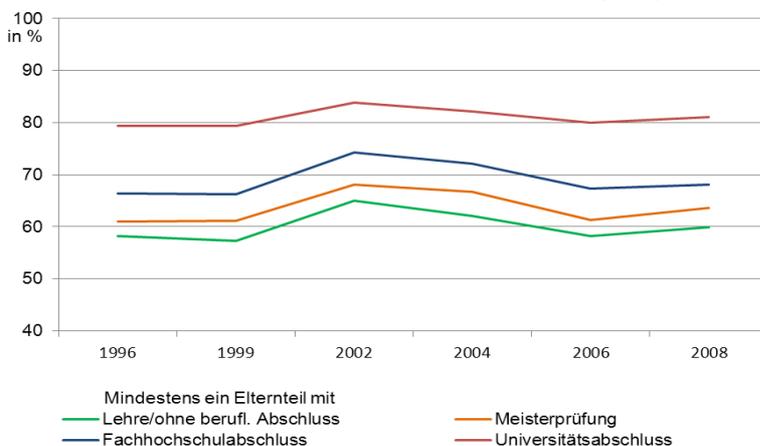


Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010, S. 118; HIS-Studienberechtigtenpanel 2010

ten Kosten eines Studiums (vgl. Becker und Hecken 2007; Müller und Pollak 2007; Schindler und Reimer 2010; Schindler und Lörz 2011; Heine und Quast 2011).

In längerer Perspektive sind zunächst sinkende, seit Mitte der 1990er Jahre vergleichsweise stabile und seit 2000 im Trend wieder sinkende Quoten des Übergangs von Studienberechtigten an die Hochschulen zu beobachten (s. Abb. 1). Zugleich zeigt die Abbildung, dass die Übergangs- oder Studierquoten erheblich von der Geschlechtszugehörigkeit beeinflusst werden: Frauen, die schon seit Mitte der 1990er Jahre die Mehrheit der

Abb. 2: Studierwahrscheinlichkeit der Studienberechtigtenkohorten 1996 bis 2008 nach beruflichem Abschluss der Eltern (in %)



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010, S. 119

scheinlichkeit des Übergangs an die Hochschule wird deutlich, dauerhaft und im Zeitablauf weitgehend stabil durch das Qualifizierungsniveau des Elternhauses beeinflusst (s. Abb. 2).

erstreckt, keineswegs gradlinig verläuft und nicht selten auf Basis einer nur unvollständigen Informationsgrundlage erfolgt. Und (2): Die Entscheidung, ob und mit welcher fachlichen Ausrichtung die erworbene Option auf ein Hochschulstudium realisiert wird, ist zugleich von Komplexität gekennzeichnet, die von zahlreichen, aufeinander einwirkenden und unterschiedlich bedeutsamen Faktoren bestimmt wird. Von in diesem Sinne erheblichem „Gewicht“ bei der Entscheidung, auch hierüber herrscht Konsens, sind folgende Einflussfaktoren: Geschlechtszugehörigkeit, soziale Herkunft, Art der Hochschulreife und besuchte Schulart, das schulische Leistungsniveau sowie die antizipierten

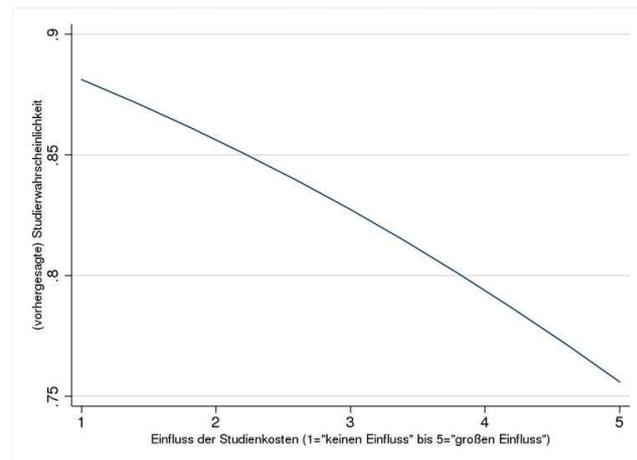
Studienberechtigten stellen, entscheiden sich deutlich, dauerhaft und im Zeitablauf weitgehend stabiler seltener als Männer für ein Studium (vgl. Becker und Müller 2011).

Hingewiesen sei zudem auf den massiven Einfluss der sozialen Herkunft auf die Entscheidung über den nachschulischen Werdegang. Indiziert über den höchsten beruflichen Abschluss der Eltern und im Ergebnis eines komplexen statistischen Verfahrens, mittels dessen die herkunftsspezifische Entscheidung der Studienaufnahme von anderen Einflüssen (etwa den Schulleistungen) „bereinigt“ wird, ergibt sich folgendes Bild: Die statistische Wahr-

Bemerkenswert ist, dass auch zwischen den beiden Gruppen der hochschulisch Qualifizierten deutliche Differenzen bestehen. Und: Männliche Studienberechtigte entscheiden sich in allen Herkunftsgruppen häufiger für ein Studium als Frauen. U. a. heißt das: Während Frauen mit hochschulferner Herkunft beim Erwerb der Hochschulreife noch zu den Gewinnern der Bildungsexpansion gehören, gilt für den Übergang zur Hochschule das Gegenteil (vgl. Lörz, Schindler und Walter 2011).

Das Durchlaufen einer Qualifizierung ist immer mit monetären Kosten (Lebenshaltung, ausbildungsbezogene Kosten, Opportunitätskosten) verbunden. In der Bildungsforschung besteht Konsens hinsichtlich der großen

Abb.3: Studierwahrscheinlichkeit der Studienberechtigten 2008 in Abhängigkeit vom Einfluss der antizipierten Studienkosten auf die Studienentscheidung unter Drittvariablenkontrolle



Quelle: Heine, Ch./Quast, H.: Studienentscheidung im Kontext der Studienfinanzierung, HIS: Forum Hochschule 5/2011, S. 12

wiederholt die große Bedeutung der Studienfinanzierung für den Verzicht auf die Realisierung der Studienoption (Heine et al. 2010), für Schwierigkeiten im Studium sowie für einen ungünstigen Studienverlauf (Unterbrechung, Abbruch) gezeigt (Heublein et al. 2010). Indirekter Beleg für die auch politisch anerkannt große Bedeutung der Studienfinanzierung ist nicht zuletzt das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), dessen *raison d'être* die gezielte und mit einem Rechtsanspruch verbundene Intervention in den Abhängigkeitszusammenhang von individuell gewünschter sowie formal möglicher Studierbereitschaft, aber die individuellen Ressourcen überschreitenden Finanzierungserfordernissen eines Studiums ist.¹

Bedeutung dieser Kosten bei der Entscheidung pro und contra Studium. Je größer die Bedeutung der Kosten als Entscheidungsfaktor ist und je höher die Kosten eingeschätzt werden, desto häufiger fällt die Entscheidung gegen ein Studium aus (s. Abb. 3). Insbesondere bei Studienberechtigten aus hochschulfernen Elternhäusern haben die antizipierten Kosten bzw. Fragen der Finanzierung eines Studiums erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung und führen dazu, dass sie sich unter sonst gleichen Bedingungen häufiger gegen ein Studium entscheiden als solche aus statushöheren Gruppen (vgl. Becker und Hecken 2007; Schindler und Reimer 2010; Lörz 2012).

Stichprobenuntersuchungen haben

Was folgt aus diesen Ausführungen für die Frage nach den Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf die Studienentscheidungen?:

- Die Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums wird – unabhängig von der Erhebung von Studiengebühren – von zahlreichen Faktoren, von denen hier nur eine Auswahl anhand empirischer Befunde vorgestellt wurde, beeinflusst. Studiengebühren sind in diesem Faktorengefüge also nur *ein* weiterer *möglicher* Einflussfaktor.
- Die möglichen Wirkungen von Studiengebühren auf die Studierbereitschaft finden in einem „Raum“ der Entscheidungen statt, der traditionell von erheblich unterschiedlichen Chancen, Benachteiligungen wie auch Begünstigungen der Realisierung der Studienoptionen gekennzeichnet ist. Dies gilt es bei Interpretation der im Folgenden präsentierten empirischen Befunde zu den Auswirkungen von Studiengebühren zu berücksichtigen.
- Die erwarteten Kosten eines Studiums bzw. die bei Studienaufnahme zu klärende Studienfinanzierung haben *herkömmlich* einen starken Einfluss auf die Entscheidungsfindung. Durch die Einführung von Studiengebühren entsteht also unter Kostenaspekten keine grundsätzlich neue Entscheidungssituation, vielmehr werden die zu bewältigenden Kosten eines Studiums größer und die mögliche finanzielle Hürde einer Studienaufnahme höher. Soweit Studienkosten einen restriktiven Einfluss auf Studienentscheidungen haben, wird sich deshalb, so ist zu erwarten, durch Studiengebühren diese restriktive Wirkung „nur“ erhöhen, nicht aber *neu* einstellen.

¹ Einleitend heißt es in § 1 BAföG („Grundsatz“): „Auf individuelle Ausbildungsförderung besteht für eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung ein Rechtsanspruch nach Maßgabe dieses Gesetzes, wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.“

- Da die maximal 500 Euro Studiengebühren pro Semester im internationalen Vergleich moderat sind, sind auch eher moderate – und wegen Berücksichtigung von zu vermutenden Gewöhnungseffekten möglicherweise auch nur temporäre (s. hierzu das Beispiel Österreich) – restriktive Auswirkungen auf die Studierbereitschaft von Studienberechtigten als Folge der Erhebung von Studiengebühren zu erwarten.
- Aber: Wegen der generell herkunftsspezifisch selektiven Wirkung von Studienkosten und Studienfinanzierung auf die Entscheidungsfindung wird sich ihre relative Erhöhung durch Studiengebühren, so ist zu erwarten, auch herkunftsspezifisch unterschiedlich als *zusätzliches* Element der Entscheidung *gegen* ein Studium auswirken. Damit dürften insgesamt die ohnehin vorhandenen typischen Ungleichheiten in den Übergangsquoten an die Hochschule nicht kleiner, sondern vielmehr – und sei es nur temporär – größer werden.

2. Ermittlung der Auswirkungen von Studiengebühren auf Studienentscheidungen – zwei Wege

Die Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf die Studierbereitschaft sieht sich folgenden Herausforderungen gegenüber: Studiengebühren sind nur ein Einflussfaktor unter mehreren, der im Vergleich zu diesen nicht sehr folgenreich sein dürfte. Daraus ergibt sich wiederum das methodische Problem, den „Studiengebühreneffekt“ von anderen, möglicherweise überlagernden Effekten zu isolieren. So könnte ein negativer Studiengebühreneffekt von einem die Studierbereitschaft steigernden „Bacheloreffekt“ teilweise kompensiert werden. Um zu empirisch belastbaren Ergebnissen zu kommen, wird weiterhin ein Datensatz benötigt, der Informationen zur Entscheidungsfindung von studienberechtigten Schulabsolventen/-innen über die Planung ihrer nachschulischen Werdegänge enthält und zwar in ausreichender Fallzahl vor und nach der Einführung von Studiengebühren. Alle anderen Arten von Daten, etwa zu Studienanfängern/-innen sind für die Beantwortung der hier gestellten Frage wenig geeignet.

Vor dem Hintergrund der mit großem politisch-medialem Aufwand und breiter öffentlichen Aufmerksamkeit geführten Diskussion über die Auswirkungen der Einführung von allgemeinen Studiengebühren hat HIS-Hochschulforschung zur erstmaligen evidenzbasierten – statt der bis dahin ausschließlich politisch-normativen – Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen von Studiengebühren auf die Studierbereitschaft zwei voneinander unabhängige Wege beschritten, zum einen über die an die Studienberechtigten gestellte Frage nach den Auswirkungen von Studiengebühren auf ihr Ausbildungswahl- und Übergangsverhalten, zum anderen, unabhängig davon, über komplexe multivariate Auswertungen der verfügbaren bildungsbiografischen Daten zur „objektiven“ Bestimmung der Effekte von Studiengebühren auf die Entscheidungen pro und contra Studium.

2.1 Der Einfluss von Studiengebühren auf das Studienwahlverhalten – der „direkte“ Ansatz

Bei den Untersuchungen der nachschulischen Werdegänge der Studienberechtigten 2006 und 2008 wurde den Probanden ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife folgende Frage vorgelegt: „In einigen Bundesländern werden Studiengebühren von bis zu 500 Euro ab dem ersten Semester erhoben. Welche Auswirkungen hat dies auf Ihre Studienpläne? Bitte nur eine Antwort ankreuzen“.² Die vorgegebenen neun Antwortmöglichkeiten lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen: (1) keine Auswirkungen auf die Studienpläne, (2) Modifikation der ursprünglichen Studienpläne sowie – mit Abstand im Fokus der Aufmerksamkeit stehend – (3) Studienverzicht wegen Studiengebühren.

(1) Eine **von Studiengebühren unbeeinflusste Wahl des nachschulischen Werdegangs** liegt für die überwiegende Mehrheit der Studienberechtigten vor. Insgesamt 71 % *aller* Studienberechtigten 2008 geben an, dass Studiengebühren aus unterschiedlichen Gründen *keinen* Einfluss auf die vorhandenen Studienpläne haben; weitere 6 % hatten ohnehin nie Studienabsichten. Im Einzelnen: Mit 48 % knapp die Hälfte *aller* Studienberechtigten 2008 gibt an, das Studium an der gewählten Hochschule *unabhängig* von Studiengebühren aufzunehmen bzw. fortzusetzen; weitere 12 % verneinen eine Beeinflussung der Pläne, weil an ihrer Hochschule keine Studiengebühren geplant sind; jeweils 3 % konnten eine unabhängige Hochschulwahl treffen, weil sie von Studiengebühren befreit sind bzw. weil der Arbeitgeber diese Kosten übernimmt; der gleiche Effekt der Kostenübernahme gilt auch für die 5 % der Studienberechtigten 2008, die an einer Berufsakademie, Verwaltungsfachhochschule oder Hochschule der Bundeswehr studieren.

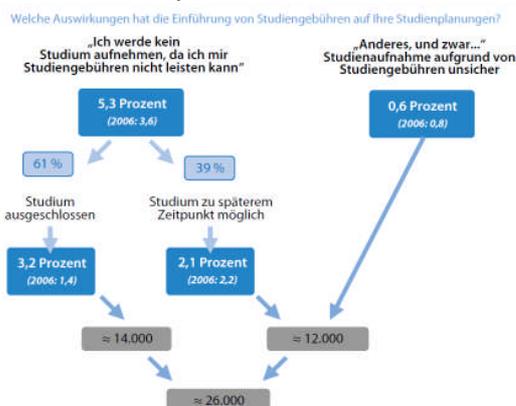
(2) Etwas mehr als ein Zehntel *aller* Studienberechtigten 2008 (11 %) nehmen im Sinne einer **Modifikation der ursprünglichen Studienpläne** ihr Studium gezielt an einer Hochschule ohne Studiengebühren auf bzw. wollen

² Ende 2006 waren in zwei Bundesländern Studiengebühren bereits eingeführt worden, in fünf weiteren Ländern war deren Einführung beschlossen; Ende 2008 wurden Studiengebühren in sechs Ländern erhoben.

an eine solche Hochschule wechseln. Wie ein Vergleich mit früheren Erhebungen zeigt, ist die Hochschulwahl der Studienberechtigten aus gebührenpflichtigen Ländern im Zeitablauf jedoch stabil, von einer verstärkten Abwanderung oder gar „Gebührenflucht“ in gebührenfreie Länder kann man also nicht sprechen. Allerdings entscheiden sich Studienberechtigte mit Erwerb der Hochschulreife in einem Nicht-Gebührenland häufiger für eine Hochschule in einem dieser gebührenfreien Länder, was man als Vermeidung von Studiengebühren interpretieren kann. Umgekehrt gibt es aber auch eine Gruppe von 3 % aller Studienberechtigten 2008, die sich gezielt für eine Hochschule mit Gebühren entscheiden, weil sie hier bessere Studienbedingungen erwarten.

(3) **Studienverzicht wegen Studiengebühren:** Etwa 5 % aller Studienberechtigten 2008 geben an, kein Studium aufzunehmen, da sie sich allgemeine Studiengebühren nicht leisten könnten. Hinzu kommt knapp 1 % der Befragten, die sich wegen möglicher Studiengebühren hinsichtlich der Aufnahme eines Studiums noch unsicher sind. Aber auch unter den 5 % der Studienberechtigten, die bekunden, angesichts der Erhebung von Studiengebühren kein Studium aufzunehmen, sind noch zwei Fünftel (39 %), die eine Studienaufnahme für die Zukunft zumindest nicht völlig ausschließen. Der Anteil derer, die wegen Studiengebühren (vorerst) kein Studium aufnehmen, liegt somit zwischen 3,2 % (Studienaufnahme wird definitiv ausgeschlossen) und maximal 5,9 % (Studium wird zum Teil noch in Erwägung gezogen).

Abb. 4: Studienberechtigte 2008: Studienverzicht aufgrund von Studiengebühren; in Klammern Studienberechtigte 2006 (in % bzw. absolut)



Quelle: Heine, Ch./Quast, H.: Studienentscheidung im Kontext der Studienfinanzierung, HIS: Forum Hochschule 5/2011, S. 158

(vorerst) auf ein Studium zu verzichten, also genau die Gruppen von Studienberechtigten, die ihre Studienoption bereits herkömmlich – teilweise deutlich – unterdurchschnittlich häufig realisieren und, wie aus anderen Studien hervorgeht, als besonders „kostensensibel“ sind.

Weniger zu erwarten war hingegen der Befund, dass eine **regionale Differenzierung** der Gruppe der wegen Studiengebühren auf ein Studium Verzichtenden nach Herkunft aus Ländern *mit oder ohne* Studiengebühren *keine* wesentlichen Unterschiede in der Verzichtswirkung ergibt. So wollen 6 % der Studienberechtigten aus den (westdeutschen) Ländern *mit* Studiengebühren, unter anderem (s. u.) wegen Gebühren auf ein Studium verzichten, also etwas mehr als im Durchschnitt aller Studienberechtigten. Aber auch jeweils 4 % der Studienberechtigten aus gebührenfreien west- und ostdeutschen Ländern bekunden aus diesem Grund einen Studienverzicht. Offensichtlich hat die erhitzte Debatte um die Einführung von Studiengebühren und ihren Auswirkungen eine *länderübergreifende* psychologische Wirkung der Verunsicherung auf *alle* Studienberechtigten gehabt, bei der – zumindest in diesem Zeitraum – nicht danach unterschieden wurde, ob nun auch im „eigenen“ Land die Einführung von Studiengebühren wirklich bevorsteht oder nicht. Dies lässt vermuten, dass es sich eher um einen „globalen“ Gebühreneffekt handelt und dass die restriktive Wirkung von Studiengebühren zumindest *auch* ein temporärer Effekt ist.

Für eine angemessene Interpretation der Befunde des „subjektiven Ansatzes“ ist darauf hinzuweisen, dass für Studienberechtigte, die angeben, wegen **Gebühren** (vorerst) auf ein Studium zu verzichten, dies **keineswegs der einzige finanzbezogene Grund für den Studienverzicht** sein muss. Vielmehr zeigen weitergehende Analysen, dass der Verzicht auf ein Studium wegen Studiengebühren ganz überwiegend mit anderen, schon früher wirksamen finanzbezogenen Gründen für einen Studienverzicht einhergeht (Heine et al. 2008; Heine und Quast 2011). Studiengebühren bilden (nur) einen weiteren Teilaspekt der schon herkömmlich wirkenden Verzichtsdimension „finanzielle Restriktionen“ ab und kumulieren mit den weiteren finanziellen Verzichtsgründen.

Umgerechnet in absoluten Zahlen verzichten damit nach eigenem Bekunden zwischen 14.000 und maximal etwa 26.000 Studienberechtigte 2008 wegen Studiengebühren auf ein Hochschulstudium (s. Abb. 4).

Wie zu erwarten, ergeben sich hier **gruppenspezifisch unterschiedliche Befunde:** So bekunden Frauen häufiger als Männer (7 % vs. 3 %), Studienberechtigte aus nicht-akademischem häufiger als die aus akademischem Elternhaus (8 % vs. 3 %) sowie die Studienberechtigten aus beruflichen Schulen häufiger als die aus allgemeinbildenden Schulen (10 % vs. 3 %), aufgrund von Studiengebühren

HIS hat in seinen Publikationen zu den Wirkungen von Studiengebühren darauf hingewiesen, dass der „direkte Ansatz“ über Befragungen zwar erste belastbare Ergebnisse liefert, es sich aber dennoch um eine „**Momentaufnahme**“ handelt, die auf ihre individuelle **Nachhaltigkeit** hin überprüft werden müssen. Für die Studienberechtigten 2006 stehen nun die erforderlichen Längsschnittdaten erstmals zur Verfügung. Sie zeigen, dass gut ein Viertel (28 %) der Studienberechtigten, die ein halbes Jahr nach Schulabschluss ihren Verzicht auf ein Studium wegen Studiengebühren bekundet hatten, diese Entscheidung drei Jahre später (2009) doch noch *zugunsten* eines Studiums revidiert haben, während knapp drei Viertel sie beibehielten. Diese „Umorientierer“ machen 1,5 % *aller* Studienberechtigten 2006 aus. Ein (kleinerer) Teil der anfänglichen gebühreninduzierten Entscheidungen gegen ein Studium sind also tatsächlich (nur) temporär. Die genannte Entscheidungsrevision bzw. -nachhaltigkeit gilt in nahezu gleichem Ausmaß sowohl für Gebühren- und Nichtgebühren-Länder.

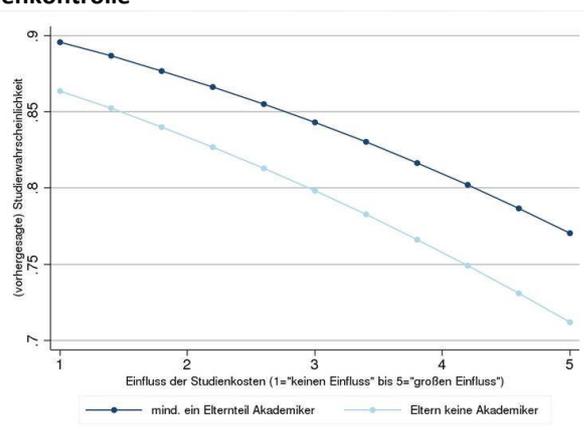
Für den Jahrgang 2006 war ermittelt worden, dass maximal 18.000 Studienberechtigte wegen Studiengebühren (vorerst) auf ein Studium verzichteten. Wegen der Entscheidungsrevisionen reduziert sich diese Zahl um 6.200. In der Größenordnung entsprechen diese 11.800 Studienberechtigten des Schulabschlussjahrgangs 2006, die nachhaltig wegen Studiengebühren auf ein Studium verzichteten, etwa zwei mittleren Fachhochschulen. Misst man diese Zahl andererseits an der öffentlichen, zuweilen emotional geführten Diskussion und der in ihr geäußerten Befürchtungen, sind es aber wohl weniger als man erwarten musste. Wichtig für die politische „Einordnung“ des „neuen“ Studienverzichts wegen Studiengebühren ist aber auch die Bezugnahme auf die quantitativen Auswirkungen der herkömmlichen Ungleichheiten des Zugangs von Studienberechtigten zur Hochschule: Wenn Frauen, Studienberechtigte aus nicht-akademischem Elternhaus und solche mit Fachhochschulreife sich (nur) im Durchschnitt aller Studienberechtigten für ein Studium entscheiden würden/könnten, würden von den Studienberechtigten 2006 8.700 Frauen, 17.200 Studienberechtigte aus nicht-akademischem Elternhaus bzw. 19.000 derjenigen mit Fachhochschulreife zusätzlich ihre Studienoption realisieren.

2.2 Der Einfluss von Studiengebühren auf das Studienwahlverhalten – der „indirekte“ Ansatz

Der zweite Weg zur Bestimmung der Auswirkungen der Erhebung von Studiengebühren auf die Studierbereitschaft besteht in der statistischen Analyse der tatsächlichen Bildungsentscheidungen in der Zeit vor und nach der Einführung von Studiengebühren, also unabhängig von den „subjektiven“ Äußerungen zu den Auswirkungen von Studiengebühren (s. hierzu 2.1).

Individuelle Bildungsentscheidungen beruhen aus in der empirischen Bildungsforschung etablierter handlungs- und entscheidungstheoretischer Perspektive auf einem Abwägen von (a) antizipierten Bildungskosten, (b) erwarteten Bildungserträgen sowie (c) der Erfolgsaussicht für eine Bildungsalternative (vgl. Boudon 1974; Erikson und Jonsson 1996; Breen und Goldthorpe 1997).

Abb. 5: Studierwahrscheinlichkeit der Studienberechtigten 2008 nach Bildungsherkunft in Abhängigkeit vom Einfluss der antizipierten Studienkosten auf die Studienentscheidung unter Drittvariablenkontrolle



Quelle: HIS-Studienberechtigtenpanel 2008

Studienberechtigte entscheiden sich dann für ein Hochschulstudium, wenn der erwartete Nutzen bzw. Ertrag eines Studiums die antizipierten Kosten übersteigt und zudem absehbar ist, dass ein Studium – unter Berücksichtigung der eigenen Leistungsfähigkeit – erfolgreich absolviert werden kann, da ohne den erfolgreichen Abschluss die erwarteten Erträge i. d. R. nicht erzielt werden können. Wesentlich ist dabei, dass das Abwägungs- und Entscheidungsverhalten gruppenspezifisch variiert. So gibt es etwa nach der sozialen Herkunft systematisch divergierende Kosten-Nutzen-Kalkulationen für verschiedene Bildungsalternativen. Bestimmte Gruppen von Studienberechtigten messen den Kosten, Erträgen und Erfolgchancen im Entscheidungsprozess eine höhere Relevanz oder unterschiedliche Risiken bei als andere. Ein Beispiel hierfür ist der nach Bildungsherkunft unterschiedliche negative Einfluss der erwarteten Studienkosten auf die Studierwahrscheinlichkeit (s. Abb. 5).

Zwar gilt für beide Gruppen von Studienberechtigten des Jahrgangs 2008 unter Drittvariablenkontrolle grundsätzlich, dass ein größer werdender Einfluss der Studienkosten bei der Entscheidungsfindung mit sinkender Stu-

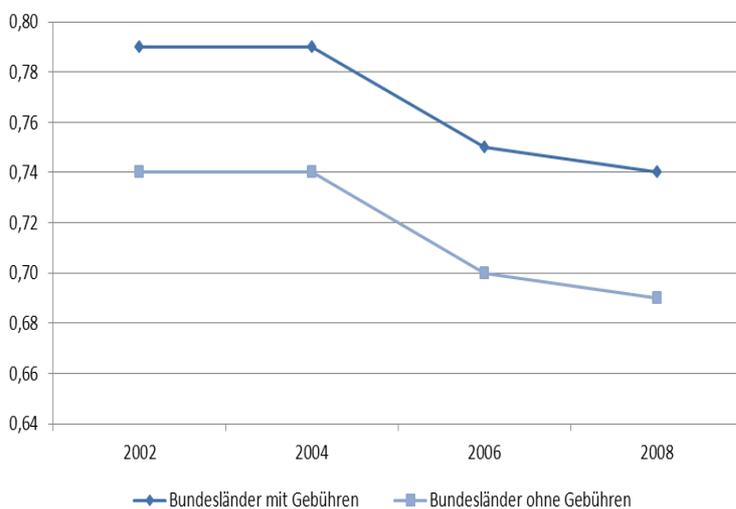
dierwahrscheinlichkeit einhergeht, aber bei den Studienberechtigten ohne akademischen Hintergrund ist der restriktive Einfluss bedeutsamer werdender Kosteneinschätzungen auf die Studierwahrscheinlichkeit nicht nur deutlich größer als bei den aus akademischem Elternhaus, sondern diese Wirkung nimmt bei ihnen deshalb auch stärker zu, d. h. die Abstände der Einflussstärken vergrößern sich.

Mit der Einführung von allgemeinen Studiengebühren ab dem ersten Semester in den Jahren 2006 und 2007 haben sich die direkten Kosten eines Studiums in diesen Ländern erhöht. Nach dem oben skizzierten entscheidungstheoretischen Ansatz der Kosten-Nutzen-Abwägung müsste die Studierbereitschaft der Studienberechtigten in den Gebührenländern unter sonst gleichen Bedingungen im Vergleich zu den Nicht-Gebührenländern stärker abgesunken sein.³ Zudem wäre zu erwarten, dass die bisher schon vorhandenen großen herkunfts- und geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Übergangsquoten in den Gebührenländern überproportional zugenommen haben. Zur Überprüfung dieser Annahmen eignen sich logistische Regressionsmodelle, weil dieses multivariate Verfahren die Möglichkeit bietet, den Einfluss mehrerer Variablen auf die Studienentscheidung gleichzeitig zu betrachten und so Effekte für die einzelnen Faktoren zu erhalten, die um den Einfluss der anderen im Modell enthaltenen Variablen „bereinigt“ werden.

Schätzt man auf Basis der HIS-Datensätze von vier Studienberechtigtenkohorten, nämlich die der Jahrgänge 2002 und 2004, 2006 sowie 2008, also zu Zeitpunkten vor, während und nach der Einführung von Studiengebühren, mittels logistischer Regressionsmodelle die Entwicklung der Studierwahrscheinlichkeit differenziert nach Ländergruppen mit und ohne Studiengebühren, so ergibt sich für die Auswirkungen von Studiengebühren auf die Studienwahrscheinlichkeit folgendes Bild:

- Während sich die Studierbereitschaft des Studienberechtigtenkohorte 2004 nicht von der des Jahrgangs 2002 unterscheidet, fällt die Studierbereitschaft in den Jahrgängen 2006 und 2008, also während und nach der Einführung von Studiengebühren, unter Drittvariablenkontrolle bundesweit signifikant geringer aus als zuvor.
- Bei Kontrolle nach Ländergruppen mit bzw. ohne Studiengebühren, verändern sich die Jahrgangseffekte hinsichtlich der Einflussstärken jedoch *nicht*. Konkret: Der 2006 einsetzende Rückgang der Studierbereitschaft ist ein für beide Ländergruppen gleichermaßen zu beobachtender Trend. Die gegenüber 2002 und

Abb. 6: Studierwahrscheinlichkeit nach Region des Erwerbs der Hochschulreife (Drittvariablenkontrolle für Geschlecht, soziale Herkunft, Art der Hochschulreife, Schulabschlussnote)



Quelle: HIS-Studienberechtigtenpanel 2008

Analyseschritt beobachteten „globalen“ Effekt von Studiengebühren.

2004 gesunkene Studierbereitschaft in 2006 trifft sowohl auf die Länder mit als auch ohne Studiengebühren zu („globaler Effekt“) (s. Abb. 6).

- Ebenfalls konnte die Erwartung *nicht* bestätigt werden, dass sich die Disparitäten der sozialen Herkunft im Zugang zur Hochschule in den Gebührenländern *überproportional* verstärken. Vielmehr ist ein herkunftsspezifischer Rückgang der Studierbereitschaft in Gebühren- und Nicht-Gebührenländern *gleichermaßen*, also eine generell steigende herkunftsspezifische Disparität, zu beobachten. Analoges gilt für die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Beide Befunde sprechen wiederum für den bereits im ersten

³ Methodisch problematisch ist, dass parallel zu der Einführung von Studiengebühren auch weitere Veränderungen im Hochschulsystem stattgefunden haben, wodurch sich bei einer Betrachtung der Studienentscheidung im Zeitverlauf Studiengebühren als Einflussfaktor nur schwer isolieren lassen.

3. Resümee

Die Analysen zur Entwicklung der Studierwahrscheinlichkeit ergeben den zentralen Befund, dass seit Einführung von Studiengebühren ein signifikanter allgemeiner Rückgang der Studierbereitschaft eingetreten ist. Allerdings konnte ein in den Gebührenländern überproportionaler Rückgang der Studierbereitschaft nicht beobachtet werden, ebenso nicht eine überproportionale Verstärkung von herkunfts- und geschlechtsspezifischen Disparitäten in diesen Ländern. Vielmehr gelten diese Entwicklungen für alle Länder gleichermaßen – unabhängig davon, ob Gebühren eingeführt wurden („globaler Effekt“). Dieses Ergebnis deckt sich mit den oben ausgeführten Ergebnissen aus der direkten Frage nach der erfragten Reaktion auf die Einführung von Studiengebühren. Auch hier hatten Studienberechtigte aus gebührenpflichtigen und gebührenfreien Ländern zu ähnlich großen Anteilen bekundet, aufgrund von Gebühren (vorerst) auf ein Studium zu verzichten. Ebenso zeigen sich auch hier die herkunfts- und geschlechtsspezifischen Differenzen in der Reaktion auf die Studiengebühreneinführung. Plausibel ist deswegen die Vermutung einer generellen, länderübergreifenden „psychologischen“ Verunsicherung der Studienberechtigten dieser Jahrgänge, möglicherweise doch von Studiengebühren betroffen zu sein – schließlich ist die Diskussion über die Einführung in allen Ländern geführt worden, auch in denen, die sie letztlich nicht beschlossen haben (u. a. Bremen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg). Dies gilt besonders für die neuen Länder, für die wiederholt eine erhöhte Kostensensibilität hinsichtlich von Studienkosten festgestellt wurde.

Zu vermuten ist zudem wegen der vergleichsweise moderaten Höhe der Studiengebühren, zusammen mit günstigen Finanzierungsangeboten, großzügigen Darlehensregelungen in Zusammenhang mit der Rückzahlung des Darlehens aus dem BAföG, häufiger Befreiungsregelungen von Gebührenzahlungen, aber auch möglicherweise kompensierender Entwicklungen (empirisch nachweisbarer „Bacheloreffekt“: erhöhte Studienanreize durch kurze Studiendauer), dass keine ausreichend „kritische Höhe“ der Gebühren für einen überproportionalen Studienverzicht in den Gebührenländern entstanden ist. Hinzuweisen ist aber auch darauf, dass beide von HIS eingeschlagenen und voneinander unabhängigen Wege der Analyse der Auswirkungen von Studiengebühren zu gleichen Ergebnissen geführt haben.

Literatur

- Becker, R. & Hecken, A. (2007). Studium oder Berufsausbildung? Eine empirische Überprüfung der Modelle von Esser sowie Breen und Goldthorpe. *Zeitschrift für Soziologie*, 36(2), 100-117.
- Becker, R. & Müller, W. (2011). Bildungsungleichheiten nach Geschlecht und Herkunft im Wandel. In: A. Hadjar (Hrsg.), *Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten* (S.99-122). VS Verlag. Wiesbaden.
- Boudon, R. (1974). *Education, Opportunity, and Social Inequality. Changing Prospects in Western Society*, New York: Wiley & Sons.
- Breen, R. & Goldthorpe J.,H. (1997). Explaining educational differentials. Towards a formal rational action theory. *Rationality and Society*, 9(3), 275-305.
- Erikson, R. & Jonsson, J., O. (1996). Explaining class inequality in education: The Swedish test case. In R. Erikson & J. O. Jonsson (Hrsg.). *Can education be equalized? The Swedish case in comparative perspective* (S. 1-63). Stockholm: Westview Press.
- Heine, Ch. & Quast, H. (2011). *Studienentscheidung im Kontext der Studienfinanzierung*. HIS:Forum Hochschule Nr. F05/2011. Hannover: Hochschul-Informationssystem.
- Heine, Ch., Quast, H. & Spangenberg, H. (2008). *Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten*. HIS:Forum Hochschule Nr. F15/2008. Hannover: Hochschul-Informationssystem.
- Heine, Ch., Quast, H. & Beuße, M. (2010). *Studienberechtigte 2008 ein halbes Jahr nach Schulabgang. Übergang in Studium, Beruf und Ausbildung*. HIS: Forum Hochschule Nr. F03/2010. Hannover: Hochschul-Informationssystem.
- Heublein, U., Hutzsch, Ch., Schreiber, J., Sommer D. & Besuch, G. (2010). *Ursachen des Studienabbruchs in Bachelor- und in herkömmlichen Studiengängen. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von Exmatrikulierten des Studienjahres 2007/08*. HIS: Forum Hochschule Nr. F02/2010. Hannover: Hochschul-Informationssystem.
- Lörz, M. (2012). Mechanismen sozialer Ungleichheit beim Übergang ins Studium: Prozesse der Status- und Kulturreproduktion. In R. Becker und H. Solga (Hrsg.) *Soziologische Bildungsforschung*. Sonderband der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (im Erscheinen).
- Lörz, M. & Schindler, S. (2011). Geschlechtsspezifische Unterschiede beim Übergang ins Studium. In A. Hadjar (Hrsg.), *Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten* (S. 99-122). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lörz, M. & Schindler & S., Walter, J. G. (2011). Gender inequalities in higher education: extent, development and mechanisms of gender differences in enrolment and field of study choice. *Irish Educational Studies*, 30(2), 179-198.
- Müller, W. & Pollak, R. (2007). Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in Deutschlands Universitäten? In R. Becker & W. Lauterbach (Hrsg.), *Bildung als Privileg?* (2. Aufl., S. 303-342). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schindler, S. & Lörz, M. (2011). Mechanisms of Social Inequality Development: Primary and Secondary Effects in the Transition to Tertiary Education Between 1976 and 2005. *European Sociological Review Advance Access published April 21*
- Schindler, S. & Reimer, D. (2010). Primäre und sekundäre Effekte der sozialen Herkunft beim Übergang in die Hochschulbildung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62(4), 623-653.
- Spangenberg, H. & Beuße, M. & Heine, Ch. (2011). Nachschulische Werdegänge des Studienberechtigtenjahrgangs 2006. Dritte Befragung der studienberechtigten Schulabgänger/innen 2006 3 ½ Jahre nach Schulabgang. HIS: Forum Hochschule Nr. 18/2011, Hannover: Hochschul-Informationssystem.